

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 888846 pbbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Rudolf Scharping erinnert an die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters vor 20 Jahren, die Willy Brandt durchsetzte. Ein Argument dafür war damals auch der erklärte Wille der Sozialdemokraten zur Wiedervereinigung Deutschlands. Seite 1

Michael Müller artikuliert den Widerwillen der westdeutschen Linken gegen die zynische Heuchelei des SED-Wurmfortsatzes PDS und ihren Weißwäscher und „Filou“ Gregor Gysi. Die Träger der Diktatur gebärden sich links und stehen sich aus ihrer Verantwortung und Geschichte. Seite 4

Christa Randzio-Plath verurteilt die Herausnahme der UdSSR aus der Lockerung der Cocom-Liste und kündigt Initiativen des Europäischen Parlaments gegen die Haltung des US-Repräsentantenhauses an. Seite 6

45. Jahrgang / 109

11. Juni 1990

20 Jahre jugendfreundliches Wahlalter - Grund zur Zufriedenheit?

Am 18. Juni 1970 wurde im Bund das aktive und passive Wahlalter herabgesetzt

Von Rudolf Scharping
Rheinland-pfälzischer Landes- und Fraktionsvorsitzender,
Vorsitzender der jugendpolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD

Die Bundesrepublik 1968. Ein Datum, das Geschichte schreibt. Ein Synonym für den Aufbruch der Jugend, für Proteste gegen überkommene Herrschaftsformen, außerparlamentarische Opposition und letztendlich eine Wendemarke hin zur weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund anhaltender bundesweiter Diskussionen bringt die rheinland-pfälzische SPD 1968 einen Antrag in den Landtag ein. Ziel der sozialdemokratischen Initiative: Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre. In Berlin und dem Saarland können junge Menschen bereits mit 20 Jahren wählen. Der Berliner Senat berät aber ebenfalls darüber, das Wahlalter weiter herabzusetzen. Das Thema beschäftigt plötzlich alle Parteien im Bund und den Ländern.

In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 geht Bundeskanzler Willy Brandt ausführlich auf das Thema ein, das Ausgang der sechziger Jahre die Gesellschaft bewegt. Brandt prägt den Satz: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Er wird fortan Programm der Sozialdemokraten. Jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Brandt kündigt ein Gesetz an, mit dem das aktive Wahlalter von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wird. „Die bewegende Kraft der kommenden Jahre“, so Willy Brandt, „wird Mitbestimmung und Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft sein.“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermeidung Umweltschäden
mit maximaler Rohstoff-
Recycling-Papier



In Rheinland-Pfalz mündet die Begründung des SPD-Vorstoßes, dessen parlamentarische Verwirklichung noch einige Jahre dauern sollte, in dem Satz: „Unsere jungen Menschen sind heute bereits mit 18 Jahren kritisch, sachlich, vorurteilslos und gegen politische Extreme weniger anfällig als vergangene Generationen.“

Am 18. Juni 1970 beschließt der Bundestag in einem ersten Schritt, was Willy Brandt in seiner Regierungserklärung versprochen hatte: Die demokratische Einbindung junger Menschen in die aktive Willensbildung und Entscheidungsfreiheit: Nun können 18jährige ihre Stimme bei den Parlamentswahlen abgeben und damit ihr politisches Gewicht einbringen, 21jährige können erstmals gewählt werden. Seit 20 Jahren nehmen also junge Menschen „das vornehmste Recht des Bürgers im demokratischen Staat“, so die Wertung des Bundesverfassungsgerichtes, wahr. Ist der 18. Juni 1990 demnach ein Datum, um sich beruhigt zurückzulehnen und auf den 25. Jahrestag zu warten? Ich meine: Nein.

Ein Blick auf die Argumente von 1968 und ein Vergleich mit den Realitäten von 1990 begründen dies. „Es darf uns auch nicht gleichgültig sein“, hatte am 11. Juni 1968 der rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete und Gewerkschafter Hans Schweitzer bei der Einbringung des Antragstages erklärt, „daß in der DDR junge Menschen bereits mit 18 Jahren wählen und volljährig sind. Wir halten nichts von diesen Wahlen. Aber das Problem steht doch für die von uns allen gewollte Wiedervereinigung. Sollten wir etwa das Wahlalter erst bei der Wahl zu einer Deutschen Nationalversammlung ändern wollen? Unsere Jugend hier im freien Teil Deutschlands ist nicht weniger reif und um ein Vielfaches politisch reifer und entschlossener als diese von einem Staatsapparat in staatlichem Denken gezüchtete politische Jugend.“ Hans Schweitzer hat das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und die ersten freien Wahlen in der DDR nicht mehr erleben dürfen.

Der wesentliche Unterschied, der sich in der SPD-Position abweichend zu den anderen Parteien formulierte, lag in dem Recht, das die Sozialdemokraten der Jugend zugestanden, sich frei und ohne erzwungene Anpassung äußern zu können. Diese Haltung beruhte auf der Erkenntnis, daß das Wahlrecht alleine dem Bedürfnis junger Menschen nach einer ihnen gemäßen politischen Artikulation nicht gerecht werden kann.

20 Jahre vor dem Fall der Mauer sprachen Sozialdemokraten aus, was sich 1990 als Realität präsentiert: Eine über Jahre gleichgeschaltete Jugend, die auf gesellschaftliche Anpassung getrimmt wird, erlernt keine demokratischen Fähigkeiten, sondern verliert sie. Antisemitische und ausländerfeindliche Ausschreitungen in Ostberlin und in der DDR im Frühjahr 1990 sind dafür ein erschreckender Beweis.

Jugend und Demokratie sind dauerhaft nur zusammenzubringen, wenn junge Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft aufwachsen können, in einer Gesellschaft, die Freiräume läßt für jugendtypische Vorstellungen, Erlebnisweisen und Ausdrucksformen, einer Gesellschaft, die den Dialog mit der kritischen und unbequemen Jugend nicht scheut, in einer sozial gerechten Gesellschaft, die Perspektiven eröffnet und nicht desillusioniert.

Wir in der Bundesrepublik dürfen aber nicht selbstgerecht auf die DDR zeigen und bei uns vorhandene Probleme ignorieren. Selbstkritik schadet uns nicht. Alle demokratischen Parteien haben es über weite Strecken - und dies trotz der Erfahrung mit der 68er Generation - versäumt, auf Anliegen der jungen Menschen zu hören. Die Folge war ein Abwandern großer Teile der Jugend weg von den Parteien, nicht aber aus dem politischen Engagement heraus. Viele Parteien verwechseln ja auch heute noch politisches Interesse mit parteipolitischen Engagement. Früher waren die zentralen politischen Weichenstellungen wie Wiederbewaffnung, NATO, Notstandsgesetzgebung oder Friedenspolitik mit den Volksparteien identifizierbar. Am Ende der siebziger Jahre wanderte die politische Innovation förmlich aus den Parteien heraus. Viele sammelten sich in den neuen sozialen Bewegungen, sei es in der Friedens-, Frauen- oder Umweltbewegung.

Wo machtorientierte Politik keinen Platz mehr für konkrete Utopien läßt, entstehen neue soziale Bewegungen. Alle demokratischen Parteien mußten erneut schmerzlich erfahren, daß sich Jugendliche immer wieder gegen vorgefertigte und scheinbar einzig realistische Politik Erwachsener auflehnen.

20 Jahre nach der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre stellen sich daher auch den politischen und gewerkschaftlichen Jugendorganisationen wieder neue Fragen und Aufgaben. Heute muß es darum gehen, junge Menschen auch vor dem 18. Lebensjahr durch Offenheit gegenüber unkonventionellen Ideen anzusprechen, auch wenn sie nicht in überkommene Schablonen passen. Rein spekulatives Theoretisieren kommt bei jungen Menschen nicht mehr an. Sie wollen ihre Vorstellungen hier und heute einbringen, weil sie verspüren, daß es um ihre Zukunft geht: Der 18. Juni 1990 ist ein gutes Datum, darüber nachzudenken und die Gedanken in konkretes Handeln umzusetzen. Das Ziel ist einfach zu formulieren, aber schwer zu erreichen: die politische Phantasie und Innovation muß in die großen Volksparteien zurückkehren. Die SPD ist auf einem ganz guten Weg. Aber wir sind noch nicht wieder so attraktiv und glaubwürdig, wie anfangs der 70er Jahre.

(-/11.6.1990/ru/ks)

* * *

Die PDS, der quicke Gysi und die „Unfähigkeit zu trauern“

Von Michael Müller MdB

Die „Unfähigkeit zu trauern“, auf diesen Begriff brachten Alexander und Magarete von Mitscherlich die nach 1945 unterbliebene Aufarbeitung des deutschen Volkes. „Trauerarbeit“ sei das eigentlich zu Leistende gewesen, um die Ursachen für das Entstehen des Faschismus, der in die Katastrophe geführt hat, zu begreifen und die Aufgaben des demokratischen Neuanfangs zu klären. In diesem Sinne versteht sich Trauerarbeit als eine doppelte Aufgabe: Einerseits das Vergangene zu begreifen und andererseits das Bewußtsein gründlich zu ändern: „Trauerarbeit ist ein seelischer Vorgang, in dem ein Individuum einen Verlust mit Hilfe eines wiederholten schmerzlichen Erinnerungsprozesses langsam zu ertragen und durcharbeiten lernt, um danach zu einer Wiederaufnahme lebendiger Beziehungen zu den Menschen und Dingen seiner Umgebung fähig zu werden.“

Angesichts der deutschlandpolitischen Diskussion, wo Rechthaberei und erneut Verdrängung stärker gefragt sind als eine fundierte Aufarbeitung deutsch-deutscher Geschichte, drängt sich trotz aller Unterschiede eine Parallelität auf. Wir wissen, daß der Gedanke der Trauerarbeit in der Nachkriegszeit nicht zum Tragen kam - nicht bei uns, auch nicht in der DDR, dem verordneten Antifaschismus zum Trotz. In der Bundesrepublik verdrängten die Zwänge des Wiederaufbaus, Restauration, „Wirtschaftswunder“ und kalter Krieg die Reflexion der eigenen Geschichte und erschwerten den demokratisch-selbstbewußten Weg. Anpassung herrschte vor, nicht Aufarbeitung - bei uns an die wirtschaftliche Prosperität und die übernommene Demokratie, in der DDR an die Allgewalt der Partei.

Der Aufbruch der „68er Generation“ war in der Bundesrepublik der Versuch, die Anpassungen, den Mief und die Verkrustungen des „CDU-Staates“ zu durchbrechen. Folgerichtig forderte Mitscherlich als Mentor der Studentenbewegung gerade von dieser Generation, die unterbliebene Trauerarbeit nachzuholen, um eine neue Betrachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit bewußtseinsmäßig zu verankern. Dieser Aufbruch, das haben wir schmerzhaft erfahren müssen, war nur von kurzer Dauer, die eigenen Fehler der „68“ mitberücksichtigt.

Umso befreiender war die friedliche Revolution in der DDR - nicht nur für die Beseitigung des „Stalinismus“, sondern für das ganze deutsche Volk. Wir können es vielleicht doch - selbstbewußt durch „Wir sind das Volk“ - Demokratie zu erkämpfen. Doch schnell setzt sich - sei es unter dem Zwang, sei es mit dem Wunsch der DM-Kohle - erneut die deutsche „Unfähigkeit zu trauern“ durch. Der SED-Wurmfortsatz PDS stiehlt sich aus seiner eigenen Geschichte und Verantwortung. Einige flotte Sprüche des quicken Gysi und damit hat es sich, die Blockparteien wollen ihre Mitverantwortung für 40 Jahre Einheitspolitik zuschaufeln und die DSU ist wahrlich nicht frei von stockkonservativen SED-lern, die schnurrstracks den Weg zu den erkonservativen CSU-Ablegern gefunden haben. Helmut Kohl geht es in dieser „historischen Stunde“ um seinen Erfolg bei den nächsten Bundestagswahlen. Die Situation ist da, sie muß für den „shoot down“ mit „dem“ Sozialismus genutzt werden, natürlich nicht ernsthaft, dafür fehlen Kohl die theoretischen Grundlagen, sondern taktisch, als Instrument gegen den innenpolitischen Gegner, diesen vaterlandslosen Gesellen, die doch schon immer mit der SED verkuppelt waren. Die Diskriminierung fortschrittlicher Ideen, das Zutrampeln differenzierter Betrachtungen und die ignorante Selbstgefälligkeit durch das rechte Lager, auch das sind Folgen des Stalinismus, der die Argumente für platte Totschlagkampagnen liefert. Erstaunlich, wie sehr sich selbst ein großer Teil des liberalen Journalismus der nationalen Weile beeindrucken läßt. Da wird der Warner zum Täter. Oskar Lafontaine als Buhmann konservativer Restauration.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielt die PDS und ihr Leader Gregor Gysi. Der SED-Weißwäscher, der über Jahrzehnte geschwiegen hat, strickt mit an der Verdrängung der Wahrheit. Ein Filou, der sich und seine Partei als „linke Opposition“ anpreist, nachdem doch gerade die Staatspartei SED die „Jahrhundertidee“ einer besseren und sozialen Gesellschaft mit Füßen getreten hat. Der (zumindest) Mitwisser der Unterdrückung spielt sich bruchlos als Kämpfer für die Unterdrückten auf. Eine Namensänderung, kurze Zeit einige selbstkritische Sätze und ein neuer Vorsitzender, das war es dann, um sich vom selbst angerichteten Scherbenhaufen zu distanzieren.

Nicht nur die politische Rechte, das haben wir schon immer gewußt, ist zur „Trauerarbeit unfähig, sondern auch ein Teil der Linken, zumindest nennen sie sich so. Das Muster ist gleich, selbstgerecht und gestrig. Alles bleibt oder soll beim Alten bleiben, die Unfähigkeit zu trauern wird zur Unfähigkeit, glaubwürdige Politik zu machen. Den Leninisten sei die Lektüre Lenins empfohlen, „Kritik und Selbstkritik“.

Gysi strickt an der Legende, die PDS hätte mit der Staatsdiktatur nichts zu tun, Hunderttausende frühere Stasi-Mitarbeiter waren nur das Machwerk einiger weniger. Die PDS als die politische Alternative, die natürlich nicht auf das zusammengeraffte Vermögen der SED verzichten will. Im Gegenteil die PDS macht große Kasse und die Forderung, die kostbaren Immobilien und Güter dem Volk zurückzugeben, daß ist in der Gysi-Legende das neue antidemokratische Verhalten der Regierungsparteien, sozusagen der Herrschenden gegen die aufrechte PDS, zur Ausschaltung der Opposition. Der Anwalt Gysi ist in diesen Fragen ganz in seinem Element, früher hat er sich weniger hervorgetan: In Menschenrechtsfragen und in der Ökologiedebatte war von ihm kaum etwas zu hören. In seiner 18jährigen Funktion als Vorsitzender der Anwaltsorganisation trat er nach DDR-Angaben lediglich in vier besonders medienwirksamen Oppositionsprozessen auf. Wo war diese selbsternannte „linke Alternative“ als es galt, Mut zu zeigen; sich laut zu Wort zu melden, als damit ein persönliches Risiko verbunden war? Sponti-Sprüche im Wahlkampf („man traut sich ja sonst nichts - PDS“) ersetzen nicht die Notwendigkeit der „Trauerarbeit“ - im Gegenteil.

Keine Frage: Die Aufgabe der „Trauerarbeit“ stellt sich nicht nur für die PDS, angesichts ihrer verheerenden Rolle aber ganz besonders. Ihr geht es jedoch wie den Rechten nur um politische Macht. Die PDS hat angekündigt, sich nun auch auf die Bundesrepublik auszuweiten - mit dem Anspruch der linken Alternative. Ihr glatter Wender Gysi vertritt so etwas naßforsch im Alternativjargon. Dafür braucht die PDS natürlich auch das SED-Vermögen. Eine selbstkritische Aufarbeitung wäre nur störend. Doch welcher Verfall der politischen Kultur auch bei einem Teil der westdeutschen Linken, der diesem Opportunisten auch noch jubelt?

Unterschiedliche Auffassungen in der Deutschlandpolitik sind berechtigt, aber sie sind kein Grund, die Verbrechen des Stalinismus zu verkleistern. Die reformerische Veränderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist notwendig. Der ökologische und soziale Umbau und die Erweiterung der Demokratie sind die große Herausforderung, um die Gesellschaften zukunftsfähig zu machen. Aber dies ist nicht möglich mit einer Politik und einer Partei, die nur rhetorischer Schlenker übt?

(-/11.6.1990/ru/ks)

Lockerungen der Cocom-Regeln sind Signale der Zusammenarbeit

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Die jetzt in Paris beschlossenen Lockerungen der Cocom-Regeln sind ein richtiger Schritt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und die Modernisierung der osteuropäischen Staaten und die Modernisierung der osteuropäischen Wirtschaft zu ermöglichen. Das gilt auch für den Export von Werkzeugmaschinen, Computern und Telekommunikation in die UdSSR. Endlich geht die Zeit des Kalten Krieges ihrem Ende entgegen!

Bedauerlich ist jedoch die abgestufte Liberalisierung, die dazu führt, daß nicht alle Länder den gleichen Zugang zu modernen Technologien bekommen. Diese Ungleichbehandlung trifft insbesondere die Sowjetunion. Wir werden uns im Europäischen Parlament über die jetzige Regelung hinaus für eine vollständige Aufhebung der Cocom-Liste einsetzen.

Unserer Initiative folgend hatte das Europäische Parlament im März diesen Jahres die Abschaffung der Cocom-Liste im zivilen Bereich gefordert. Nach Auffassung des EP kann die wirtschaftliche Modernisierung entscheidend zur politischen Stabilisierung der Demokratisierungsprozesse beitragen. Daher hatte das Parlament als erste europäische Institution seit langem Handels- und Kooperationsabkommen gefordert. Der Osthandel der Europäischen Gemeinschaft hatte 1988 einen Umfang von 61,9 Milliarden Dollar.

Die EG - alle Mitgliedstaaten befolgen übrigens die Cocom-Regeln, die solche Güter und Verfahren vom Export ausschließen, die kommunistische Regime stärken könnten - hat inzwischen mit fast allen osteuropäischen solche Vereinbarungen getroffen beziehungsweise verhandelt darüber.

Die Umsetzung der Kooperationsverträge wie die Zusammenarbeit von west-ost-europäischen Firmen scheiterte bisher auch an Cocom; denn Computer, Werkzeugbänke und Telekommunikation durften nicht geliefert werden. Außerdem wurde der Osthandel durch die überaus komplizierten und bürokratisierten Genehmigungsverfahren behindert. Die Straffung dieser Verfahren wird meiner Ansicht nach ebenfalls den Osthandel beleben.

Unverständnis kann ich allerdings nur für die Haltung des US-Repräsentantenhauses aufbringen: Die Herausnahme der UdSSR im Bereich der Telekommunikation als „Straffaktion“ ist ein Rückfall in die Nachkriegszeit. Wer dieses will, bestraft die Reformpolitik von Gorbatschow.“

(-/11.6.1990/ru/ks)

* * *